

„Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“ erscheint wöchentlich einmal, Sonntags ausser. Abonnementspreis: 12 Mark für Berlin, 14 Mark für andere Städte. Einzelhefte 1 Mark. Druck- und Verlagsanstalt: Rudolf Wolff in Berlin.

Morgen-Ausgabe



Abonnementpreis: 12 Mark für Berlin, 14 Mark für andere Städte. Einzelhefte 1 Mark. Druck- und Verlagsanstalt: Rudolf Wolff in Berlin.

Nr. 434 - Ausgabe A Nr. 236

und Handels-Zeitung

Dienstag, 16. September 1919 48. Jahrgang

Berlin Augenblott

Der Völkervertrag und die internationale Politik.

Neuerungen des Präsidenten Masaryk. Von unserem Sonderberichterstatter Hans Vorst.

Prag, Anfang September. Nachdem ich im vorigen Artikel die grundsätzliche Stellung zum böhmisch-deutschen Ausgleich wiedergegeben habe, möchte ich aus der mehrstündigen Unterredung, die Prof. Josef Masaryk mit gewandte noch einige Punkte hervorheben, die auf besondere Interesse verdienen können.

Als ich darauf hinwies, daß sich unter den Deutschen in der tschechoslowakischen Republik eine starke Erbitterung wegen der mannigfachen Verdrängungen und Verfolgungen geltend machte, die sie hätten erdulden müssen, daß ferner sehr ernste Äußerungen des Hasses von Seiten der Tschechen gegen das Deutschtum zu verzeichnen seien, meinte der Präsident, der doch der Tschechen gegen die Deutschen werde doch vielfach übersehen. Das tschechische Volk habe eigentlich einen gutmütigen Charakter. Ich erinnerte an die „Schilberkürmer“ und „Deutschenprogramme“, die sich doch neuerdings noch wiederholt hätten. Der Präsident erwiderte darauf, von „Bogromern“ könne man dabei doch überhaupt nicht sprechen, es sei ja bei vielen Ausschreitungen jedenfalls niemand um Leben gekommen. Ferner handle es sich dabei um eine „Antwort auf Wien.“ Ich sagte, das will ich wohl, Wien aber ist doch wiederum eine Antwort auf die mancherlei Verdrängungen und Verfolgungen gewesen, denen das Deutschtum in letzter Zeit von den Tschechen ausgesetzt gewesen sei und diese Ausgrenzungen könne man gewiß wieder als eine „Antwort“ auf die Verdrängung früherer Jahre betrachten und so fort, — aber dies alles beweise doch nur die ungelungene Gelaptheit der Situation, der endlich ein Ende gemacht werden müsse. Der Präsident lächelte und meinte, man könne doch die Kaufleute nicht ohne weiteres gelten lassen. Wenn man alles beiseite lasse, was vor dem Kriege geschehen ist, so müsse ich mich doch beachten, daß die Tschechen in den Jahren des Krieges, infolge ihrer offenkundig antichristlichen und antisemitischen Haltung der schwersten Unterdrückung anheimgefallen seien. Der Kriegszustand hätte „eine ganze Schärfe gegen sie genannt. Viele Leute verheißt, viele hingerichtet worden. Besonders Erbitterung habe das Deutschtum erweckt, das gegen die Tschechen gehandelt hatte. Im Unbetracht dessen sei es doch ein günstiges Symptom, daß der Mordanschlag vom 28. Oktober 1918, der sogenannte „Praschauer“, sich ohne jedes Blutvergießen, vollkommen ruhig vollzogen habe. Es seien Deutsche zu ihm gekommen und hätten ihn gelagt, daß sie damals befehligen haben, man würde so machen in die Moldau werden. Was ferner die Ungerechtigkeiten und Unterdrückungen der Deutschen gegen das Deutschtum betreffe, die ich erwähnt hatte, so lasse der Präsident, er halte auch dieses material für übertrieben. Er fenne doch die Minister und er wolle ihnen einlegen unter ihnen, der das Deutschtum unterdrücken wollte. Insbesondere sei etwa die Zusammenlegung deutscher Schulen keine Maßregel, die von Deutschtümlichkeit diktiert werde. In den Städten der Tschechoslowakei mit deutschen Winderwahlen stünde vielfach die Zahl der deutschen Schulen in keinem Verhältnis zur Zahl der deutschen Schüler. Es gebe öfters mehrere deutsche Mittelschulen am selben Ort, von denen jede einzelne einen ganz schwachen Besuch aufweise und sich nur mühsam halten könne, während die tschechischen Schulen an starker Ueberfüllung litten. Die Zusammenlegung der Schulen verfolge nur den Zweck einer erfolgreicherer Gestaltung des Bildungswesens und nichts sollte den deutschen Kindern die deutsche Bildungsmöglichkeit auch nur im geringsten beeinträchtigen werden. Die erste Maßregel sei doch die schwersten Mangel an Gebäuden und Wohnungen geboten, der die Regierung genötigt habe, auch ihren tschechischen Bürgern eingehende Beschränkungen und Opfer aufzuerlegen. Es seien ihm, sagte der Präsident, sehr bekannt, in denen die davon betroffenen Deutschen des Ortes ausdrücklich ihr Einverständnis mit der Zusammenlegung der Schulen erklärt hätten. Ich erwiderte dem Präsidenten, daß mir auch die allgemeine Ansicht sei und die einzelnen Fälle auch liegen mögen, solche das Deutschtum betreffende Verfügungen stets sehr bitter empfunden werden müßten, solange sie über den Kopf der Deutschen hinweg getroffen würden, ohne daß die Deutschen dazu mitwirken könnten. Darauf erklärte der Präsident, daß die Mitwirkung der Deutschen an der Gesetzgebung und Verwaltung des Staats aus den schon am Schluß des vorigen Artikels erwähnten Gründen bisher unmöglich gewesen sei, nämlich weil das Deutschtum den tschechoslowakischen Staat noch nicht anerkannt hätte.

Ich möchte an dieser Stelle die Bemerkung einfügen, daß mir diese Äußerung des Präsidenten in einem gewissen Widerspruch zu seinen allgemeinen Grundgedanken in der deutsch-tschechischen Ausgleichsfrage zu stehen scheint. Denn dort heißt es, wie im vorigen Artikel erwähnt, sehr schön und wahr: „Diese Prinzipien anerkennen, bedeutet aber nach ihnen

Die französischen Sozialisten gegen den Friedensvertrag

Die Einigungsresolution des Pariser Sozialistengesesses.

Schwierigkeiten bei den Einigungsverhandlungen. — Ein Tadel für die Kriegskreditbewilliger.

Berlin, 14. September. (M. L. B.) Der außerordentliche nationale sozialistische Kongress hat gestern nachmittag nach 4 Uhr in die Plenarsitzung eingeleitet. Anzuerst wurde bekannt gemacht, daß die Resolutionskommission nicht infolge mangel, den Text einer Tagesordnung festzustellen, auf die sich die Mitglieder einigen konnten. Sie hat deshalb eine Unterkommission eingesetzt, die jedoch ebenfalls ihre Arbeiten zur selbigen Zeit nicht beendigt hatte. Man trat deshalb mit zweifelhafter Verdrängung in die öffentliche Diskussion ein. Der Generalsekretär Frossard teilte nach dem „Welt-Verein“ den Zeitgenossen mit, daß Daniel Renaut im Auftrag der neuen Mehrheit sich geäußert habe, neue Konfessionen zu machen. Frossard sagte: Die Lage ist ernst. Die Krise ist ernst. Es erhebe sich die Frage, ob die Einheit gerettet werden müsse. Man ruft: Nein, Nein! Wollen wir, weil wir während des Krieges unsere Pflicht versehen aufgehört haben, jetzt zum Bruch kommen? Wir haben doch alle die Pflicht gehabt, das Beste für die Interessen des Landes und für die Internationale zu tun. Renaut hat, mit Zahlen in den Augen, stimmt dem zu. Frossard schloß jedoch seine Freunde an, zu einer Einigung zu kommen. Wenn man sich trennt, dann sei der französische Sozialismus morgen nur noch ein Konglomerat von Parteigruppen. Man sagte, Albert Thomas sei es gewesen, der die Einigung verhindert habe. Man ruf in dem Saal nach Thomas. Dieser betritt sofort die Rednertribüne und sagt: „Ich habe wohl erklärt, daß ich für den Friedensvertrag stimmen werde, aber es ist ja darüber noch gar nicht abgemittelt. Aber mich heute vormittag erregt hat, was der Frossard den Wahlkombinanten“ Die Rhetorik seiner Kriegsozialisten. Thomas fährt fort: „Ich bin Kriegsozialist, wenn ich will, aber wir wollen wissen, wie die ihr jetzt so nennt, morgen in euren Föderationen behandelt werden, vor allem, ob man sie als gleiche Kameraden anseht. Disziplin muß sein. Sie kann aber nur liegen, wenn sie übertrieben ist. Die Zukunft Frankreichs macht mir Sorgen. Aber ich kann unmöglich meinen Namen unter ein Manifest setzen, das in Bezug auf die nationale Verteidigung Dinge sagt, die ich nicht akzeptieren kann. Ich bin bereit, bei der Aktion gegen Deneuf und Kautsky aufzugehen zu machen.“ Louquet erklärt, daß ihm mit dieser Erklärung nicht genügt sei. Thomas müsse sich näher ausdrücken. Thomas erklärt darauf, daß er Angebote des russischen Sozialisten Bureau zur Zusammenarbeit mit ihm abgelehnt hat. Er wolle die wahren russischen Sozialisten nicht vernichten. Als man dasgefragt hat, „Aber nicht“, sagt Thomas, er werde kein Freund bleiben, aber mit den Bolschewisten werde er niemals zusammenkommen. Auch der Rhetoriker Alexander Blanc greift in die Debatte ein und verlangt, daß der Kongress nicht weiter über Ausdrucksfragen verhandele. Das fände einer Freisprechung derer gleich, die die letzten Kriegskredite bewilligt hätten. Aber es scheine ihm doch, daß Thomas und Rapoport nicht zusammen auf eine Wahlliste stehen könnten. Wenn man den Bolschewisten Terror anzuwenden, so müsse man bedenken, daß die französische Revolution niemals gestiftet hätte.

Der Resolutionsauschuß setzte heute vormittag um 8 Uhr seine Verhandlungen fort, die um 11 Uhr beendet waren. Marcel Cachin eröffnete die Versammlung und teilte mit, daß die Kommission zu einem Einverständnis gelangt sei. Es schloß den Kongress folgende Tagesordnung vor: „Der nationale Kongress, der von verschiedenen Föderationen beschworen über die Haltung von eifrig sozialistischen Deputierten, die einmal die von der völkervertraglichen Regierung verlangten Kredite bewilligt haben, erhalten hat, erinnert daran, daß die Verweigerung der Kredite einen grundlegenden Handel, mag der politische Gegner so oder anders handeln. Aber von uns beiden trüder und aufstichtiger den Anfang macht, der bereit den Frieden den dauernden Untergrund. Andererseits scheinen meine persönlichen Beobachtungen in Prag, von denen ich noch ausführlicher erzählen werde, die Ansicht des Präsidenten insofern zu bestätigen, als ich nicht den Eindruck gewonnen habe, daß der Haß der Tschechen gegen das Deutschtum sehr allgemein und heftig, oder gar unheilbar und verdrängend waren, wenn die Dinge sich bald mildern und verschärfen sollten. Die tschechische Ausgrenzung ist aber tiefgreifend mit die Verschärfung noch schlimmer zu sein, als der Präsident annimmt, und ich hatte in diesem Teil unserer Unterredung den deutlichen Eindruck, daß er nicht in vollem Maße darüber unterrichtet ist, was im Lande vorgeht. Und dies ist nur zu leicht erklärlich. Ich habe selbst durch einen Zufall Gelegenheit gehabt, mich in authentischer Weise zu überzeugen, wie einseitig und partiell tschechische Behörden gewisse Vorfälle, die ihnen und auch, um sich, zu behaupten pflegen.

den Bestandteil der gemeinsamen Erklärung der sozialistischen Organisationen vom 18. Januar 1918 ausmacht und deshalb auch die Grundzüge der sozialistischen Einheit bilden muß. Der Kongress erneuert deshalb die klaren Beschlüsse, denen unter Ausschluß jeder besonderen und persönlichen Stellungnahme alle Genossen in voller Gewissenhaftigkeit zugestimmt haben und sich damit verpflichtet, der Partei ihre volle Unterstützung zu leisten. Die Genossen der Partei im Parlament bilden eine einheitliche Gruppe gegenüber der sozialistischen Gruppe im Parlament muß der Regierung alle Mittel verweigern, die die bürgerliche Herrschaft und ihre Erhaltung in der Nacht sicherstellen. Sie muß infolgedessen die militärischen Kredite, die Kredite für die Eroberungen sowie das gesamte Budget ablehnen. Demnach werden die Kredite der nationalen Verteidigung die Anwendung dieser Beschlüsse aufgehoben worden ist, so ist deren Gültigkeit sofort nach Abschluß des Waffenstillstandes durch den Kongress vom Februar 1919 wiederhergestellt worden. Die 11 Deputierten der Partei, die trotz dieser Bestimmung Kredite bewilligt haben, haben sich deshalb in schwerer Weise gegen die Parteizucht verhalten. Sie muß sich die Entschuldig der früheren Kongresse zu eigen, wenn er erklärt, daß jeder sozialistische Erwählte, der die Kredite bewilligt, sich von selbst außerhalb der Partei stellt. Jede Zuwiderhandlung wird als ein Vergehen gegen die Disziplin betrachtet und vor den Verwaltungsrat gebracht, der das Recht hat, die durch den in Frage kommenden Kongress bestimmten Ausschließungsmaßnahmen zu ergreifen, die außerdem der betreffenden Föderation und der parlamentarischen Gruppe mitgeteilt werden unter der Sicherung, daß jeder davon Betroffene das Recht hat, dagegen zu appellieren, wie es die Statuten der Partei vorsehen. Der Kongress erklärt, daß dieser Beschluß sich auch auf die Zustimmung zum

Friedensvertrag, der durch die sozialistischen Erwählten nicht ratifiziert werden dürfte,

bezieht. Die Resolution erinnert abdam an die Notwendigkeit einer strikten Disziplin, damit die sozialistische Aktion stark und geistig bleibt, und erwartet, daß die einzelnen Föderationen bei der Auswahl der Kandidaten für die festzulegenden Wahlen es als ihre Pflicht betrachten werden, die tschechischen sozialistischen Gewandtheitsforderungen, jedoch im Geiste der Toleranz und im Interesse der sozialistischen Einheit handeln werden. Im Anbetracht dieser gebotenen doppelten Vorfrist ruhm der Kongress auf die Föderationen, damit sie in voller Freiheit über das ihnen durch die Statuten zustehende Recht verfügen und in diesem Sinne die Kandidaten auswählen. Im Falle von Schwierigkeiten, die sich ergeben könnten, gibt der Kongress dem Verwaltungsrat Vollmacht zu erteilen, um die Interessen der sozialistischen Einheit sicherzustellen. Der Kongress gibt außerdem dem Verwaltungsrat den Auftrag, ein Manifest an die Arbeiter Frankreichs auszugeben, damit die notwendige Einheit erzielt werde, und damit alle sich im Geiste des Parteiprogramms unter Verschärfung der nationalen und internationalen Ereignisse der Stunde einigen.“ Die Resolution wird mit 1427 Stimmen angenommen. 490 Kongressmitglieder stimmen für eine Tagesordnung, die den Ausschluß der Abgeordneten, die die letzten Kriegskredite bewilligt haben, verlangt. Der Kongress stimmt abdam im Grundsatze der Kommission zu, die ein formales Programm ausarbeiten darf, ohne Kenntnis von diesem Programm genommen zu haben. Der Kongress beschäftigt sich auch mit einem Antrag der unabhängigen deutschen Sozialdemokraten, die eine Zusammenkunft verlangen, um Erhebungen über die Ereignisse in Rußland anzustellen. Auf Antrag von Renaut wird dieses Verlangen dem Verwaltungsausschuß zur Prüfung übermitten. Damit waren die Arbeiten des Kongresses beendet und er wurde geschlossen.

Es mag gewiss sein, daß es zum Teil noch diesen Behauptungen, dieselben Beant sind, die ehemals dem alten Regime gedient haben, und daß unter denselben Methoden, unter denen jetzt die Deutschen leiden, früher die Tschechen leiden mußten. Allein dies ändert an der Tatsache nichts, und nichts aus daran, daß diese Methoden verwerflich sind und aufhören müssen. Ferner dient der eigentliche Geist einer Regierungserklärung noch feiner Genüssen dafür, wie die Verfügung ausgearbeitet wird. Sie sind noch laufender Schichten und entfallende, verdrängende Kräfte abgibt. So kommt es, daß sowohl in Bezug auf die Ausfertigungen einer erregten Menge, als auch auf die Ausführung der Regierungsaufnahmen die Wirklichkeit der Dinge vielfach sehr viel anders ausfällt, als sie sich in den gelebten Rapporten spiegeln mag, die dem Staatsoberhaupt zu Augen kommen. In denselben ist, glaube ich, an dem guten Willen des Präsidenten nicht zu zweifeln und ich meine, daß die Deutschen im Lande oft mit Erfolg von dem schlecht informierten Papst an den besten informierten des appellieren könnten.